campus grün

D1NEU3

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (beschlossen am: 18.05.2022)

Titel: **#westandwithukraine - Solidarität mit der Ukraine**

Der Krieg in der Ukraine hält seit Ende Februar diesen Jahres an und stellt eine dynamische Konfliktsituation dar, die sich fortlaufend weiterentwickelt. Um auf eventuelle kurzfristige Ereignisse und Meldungen noch reagieren zu können, hat sich der Campusgrün Bundesvorstand daher dazu entschieden, eine aus unserer Sicht notwendige Positionierung des Verbandes durch einen Dringlichkeitsantrag herbeizuführen.

Antragstext

Die Ukraine erlebt seit dem 24. Februar einen brutalen Angriffskrieg durch Russland, den wir aufs Schärfste verurteilen. Bisher sind tausende Menschen gestorben, mehrere Millionen Ukrainer*innen haben temporär oder dauerhaft ihr Zuhause verloren. Mit der Verrohung durch den Krieg gehen schwerste Verletzungen der Menschenrechte gegen Zivilist*innen und Kriegsgefangene einher. Das militärische Ideal hierarchischer, aggressiver Männlichkeit macht insbesondere weiblich gelesene Personen unsicherer – sowohl durch sexualisierte Gewalt als Kriegsmittel während der unmittelbaren Kriegshandlungen als auch durch die Aufrechterhaltung patriarchaler Strukturen in deren Folge. Auch die relative Freiheit und Sicherheit, die queere Menschen in der Ukraine in den letzten Jahren dank einer Liberalisierung erleben konnten, wird durch die russische Invasion bedroht.

Das autoritäre, russische Putin-Regime versucht die Ukrainische Geschichte und Identität zu vernichten. In erklärter Absicht die eigenständige Existenz eines ukrainisches Volkes zu beenden, werden ukrainische Zivilist*innen ermordet, verschleppt, vergewaltigt. Russland relativiert dabei außerdem den Nationalsozialismus, verbreitet falsche Mythen über eine angeblich jüdische Abstammung Hitlers und behauptet, ein Land mit jüdischem Präsidenten zu “entnazifizieren”.

Stoppt die russische Invasion

Als Campusgrün verurteilen wir die russische Invasion aufs Schärfste und fordern dazu auf, die Ukraine mit allen nötigen Mitteln zu unterstützen, die ihre legitime Selbstverteidigung erfordern.

Wir unterstützen jede Bemühung um friedliche Konfliktbeilegung und halten im Grundsatz daran fest, die europäische Sicherheitsarchitektur mittelfristig neu zu organisieren.

Für eine friedliche Welt, die nicht von Nationalismus und imperialen Bemühungen dominiert ist, stellt die russische Invasion eine ernsthafte Bedrohung dar, der sich geschlossen entgegengestellt werden muss. Dazu akzeptieren wir auch die Lieferung von zur Verteidigung benötigten Waffen, solange diplomatische Maßnahmen wie Sanktionen nicht erfolgreich sind.

Das Sondervermögen von 100 Milliarden für die Bundeswehr lehnen wir hingegen ab. Es handelt sich dabei nicht um finanzielle Mittel, die unmittelbar der Ukraine zugute kommen oder die sozialen Auswirkungen von Krieg und Flucht abfedern. Vielmehr würde das Sondervermögen eine langfristige Investition in die Bundeswehr sein, die gut überlegt und breit diskutiert werden müsste. Es ist fraglich, ob der aktuelle Zustand der Bundeswehr auf fehlende finanzielle Ressourcen oder vielmehr eine ineffiziente und reformbedürftige Beschaffungsstruktur zurückzuführen ist.

Kein Mensch ist illegal

Für uns ist klar: Alle verfolgten und bedrohten Menschen haben ein Recht auf Asyl. Dies muss für alle Menschen in der Ukraine gelten, egal ob Austauschstudent*innen oder wehrpflichtige Personen.

Doch mit Lippenbekenntnissen ist es nicht getan. Es braucht jetzt schnell Angebote für die Menschen aus der Ukraine, damit sie hier in Deutschland ankommen können.

Ukrainische Studierende willkommenheißen

Wer vor einem Krieg flüchten muss, wird in ihren*seinen Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten massiv eingeschränkt.

Es ist aber unsere Aufgabe jungen Menschen aus der Ukraine eine Perspektive zu bieten, die ihnen einen Alltag ermöglicht und nach oft schweren traumatischen Erfahrungen so weit es möglich ist Sicherheit bietet und Handlungsfähigkeit

bildet.

Das Bildungssystem in der Ukraine unterscheidet sich in vielen Punkten stark von dem in Deutschland. Auch deshalb braucht es eine flächendeckende Förderung von Studienkollegs und gezielte Beratungsangebote für junge Menschen, die in der Ukraine studiert haben, damit sie hier in Deutschland den passenden Ort für Hochschulstudium oder duale Ausbildung finden.

In der Ukraine gibt es große Bemühungen, digitale Angebote weiterhin anzubieten. Für alle ukrainischen Studierenden, die an ihr bisheriges Studium fortsetzen wollen, müssen Lernorte geschaffen werden. Außerdem müssen Partnerschaften und internationale Studiengänge schnell und unbürokratisch ermöglicht werden.

Begründung

Als Verband, für den Antifaschismus, internationale Solidarität und der Einsatz für eine friedliche Welt selbstverständliche Grundsätze sind, haben wir uns bereits durch den Bundesvorstand mit der Ukraine solidarisiert. Beschlüsse durch die Bundesmitgliederversammlung zeigen noch deutlicher die Priorität für unseren Verband. Zum einen adressieren wir damit Betroffene und deren Angehörige und Freund*innen, zum anderen wollen wir gezielt auf die Situation von Studierenden aufmerksam machen, um den Druck auf die Politik, insbesondere die Grüne Partei, zu erhöhen und schnell Unterstützungsmaßnahmen umzusetzen.

Es ist aber auch wichtig, dass wir als Verband einen Diskurs darüber führen, welche Maßnahmen wir gegen den Krieg als richtig erachten. Wer in einem völkerrechtswidrigen Krieg keine Position bezieht, toleriert diesen. Doch dabei stellen sich uns einige schwierige Fragen darüber, was richtig ist und wie wir unsere Grundsätze weiter auslegen wollen. Der Beschluss soll Grundlage dazu sein, Diskurse in der Grünen Partei und der Gesellschaft nicht weiter abzukürzen und er gibt dem Bundesvorstand Leitlinien und Grenzen für weitere Positionierungen und das künftige Vorgehen.

In unserem Grundsatzprogramm haben wir uns selbst dazu verpflichtet “danach zu fragen, wie Gesellschaft und Individuen verfasst sein müssen, um ein Wiedererstarken des Faschismus zu verhindern.” Wir bekennen uns aber auch klar zur friedlichen Konfliktbeilegung, wir “widersetzen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit und treten ausschließenden Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus mit aller Kraft entgegen. Wir engagieren uns für Projekte im Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und Anti-Kriegsarbeit, der (Post)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität mit unterdrückten, verfolgten und ausgebeuteten Menschen.”

Als Antragsteller*innen sind wir auf Basis unserer Grundsätze und der Verurteilung des Angriffs Russland auf die Ukraine durch die Vereinten Nationen (Resolution ES-11/1 der UN-Generalversammlung, “Uniting for Peace”-Verfahren) der Auffassung, dass die Unterstützung der Ukraine in ihrer Selbstverteidigung richtig und notwendig ist.

Wir sind außerdem der Auffassung, dass Waffenlieferungen in diesem Fall die Hürde für das russische Regime deutlich erhöhen können, die Angriffe auf die Ukraine aufrecht zu halten. Einen direkten Interessenausgleich halten wir in diesem Fall für nicht möglich, da das Interesse der ukrainischen Bevölkerung an Selbstbestimmung, Leben und Sicherheit Interessen des russischen Regimes und insbesondere ideologisch motivierte Ziele, wie die Vernichtung einer eigenständigen ukrainischen Identität (vgl. § 6 Völkermord, Völkerstrafgestezbuch), klar überwiegen.

Dies kann für uns aber nicht bedeuten, dass wir eine auf Konkurrenz basierende imperiale Weltordnung akzeptieren und zum Normalzustand werden lassen wollen.

Die Grüne Partei, der wir nahestehen, versucht gerade ohne breite gesellschaftliche und innerparteiliche Debatte ein Sondervermögen über 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr als jährliches Sonderetat zu verankern. Dies steht im krassen Gegensatz zu unserem Ziel, eine weitere Aufrüstung der NATO-Mitgliedsstaaten zu verhindern und stellt in unseren Augen kein adäquates Mittel dar, auf den Krieg in der Ukraine und seine unmittelbaren Folgen angemessen zu reagieren. Daher wollen wir die weitere Grüne Positionierung kritisch begleiten, für eine echte Unterstützung und Abfederung der sozialen Folgen des Krieges streiten und die notwendige gesellschaftliche Debatte über die Rolle von NATO und Bundeswehr mitgestalten.